

presse

Wir brauchen eine gesetzliche Quote – jetzt

Anlässlich der Veröffentlichung einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) über den Frauenanteil in Führungspositionen erklären die frauenpolitische Sprecherin Caren Marks und die Sprecherin der Arbeitsgruppe Gleichstellungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion Christel Humme:

Es klingt wie Hohn, wenn die Staatsministerin Böhmer und Arbeitsministerin von der Leyen den Unternehmen mit einer gesetzlichen Quote droht, wenn in den kommenden Jahren der Frauenanteil in Führungspositionen nicht nennenswert gestiegen ist. Auch sie sollten wissen: Zehn Jahre freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen gibt es schon. Sie hat jedoch nichts verändert: Spitzenjobs sind nach wie vor eine Männerdomäne. Wir brauchen eine gesetzliche Quote - jetzt. Das verdeutlichen die aktuellen Zahlen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.

Vor allem in den Vorständen sind Frauen nach wie vor stark unterrepräsentiert. Hier lag der Frauenanteil der 200 größten Unternehmen Deutschlands im Jahr 2010 gerade einmal bei 3,2 Prozent. In den Aufsichtsräten sind es knapp über zehn Prozent. Umso wichtiger ist es, dass wir nicht nur über eine gesetzliche Regelung von Frauen in Aufsichtsräten, sondern auch von Vorständen reden und - diese auch umsetzen.

In den 30 im Deutschen Aktienindex (DAX 30) notierten Unternehmen lag der Frauenanteil bei Vorstandsmitgliedern 2009 sogar nur bei 0,55 Prozent und 2010 bei 2,16 Prozent.

Andere Länder machen uns vor, dass eine Quotierung beider Gremien möglich ist, wie beispielsweise Frankreich und die Niederlande. Deutschland darf dem nicht länger nachstehen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern eine 40-Prozent-Quote für Aufsichtsräte und Vorstände. Die Bundesregierung muss endlich handeln und gesetzliche Regelungen auf den Weg bringen. Freiwilligkeit bedeutet hier nur Stillstand.